

# GRAPHISCHE

Nr. 46/45. Jahrg.

# PRESSSE

18. Novbr. 1932

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement** Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM., ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeltungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-  
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8—9.

**Insertion** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort: Scheuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## Wir fördern die Schmutzkonkurrenz nicht!

Die Kollegen sind schon vor Wochen davon unterrichtet worden, daß der Vorstand des Schutzverbandes die Bestimmung Ziffer 4 des § 3 und § 5 Ziffer 16 des Tarifes für das Lithographie- und Steindruckgewerbe für den 2. Dezember 1932 gekündigt hat. Anlaß zu dieser Kündigung war ohne Zweifel die Tatsache, daß die Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September 1932 und ihre verschiedenen Durchführungsvorordnungen ohne Rechtswirkungen für die Gehilfenlöhne waren. Es ist dem Schutzverband ganz ohne Zweifel sehr schwer gefallen, die von uns nach Kenntnis des Textes dieser Notverordnung sofort eingenommene Stellung anzuerkennen, daß Leistungslöhne von den Bestimmungen der Papen-Notverordnung nicht berührt werden, aber die Rechtslage war so klar und eindeutig, daß auch dem Schutzverband gar nichts anderes übrig blieb, als zu unserer Auslegung ja zu sagen, obwohl er nur gar zu gern nein gesagt hätte. Denn wo sich auch der Schein einer Aussicht zeigt, die Arbeiterschaft lohnlich zu schröpfen, ist der Schutzverband mit von der Partie, wenn auch offen zutage liegt, daß der zu tragende Erdenrest als letzte Folge der Lohnabbauerei der Totschlag der Kaufkraft ist. Aber mit den Bestimmungen der Notverordnung war trotz ihrer Gumminatur beim besten Willen kein politischer Lohnabbau vom Schutzverband zu machen. Es wurde deshalb das Arbeitsministerium angegangen, doch dann um Gottes willen wenigstens die Bestimmungen für Akkordlöhner für die Leistungslöhner gültig zu machen. „Auch dieses haben die Gehilfenvertreter abgelehnt, und wir haben daraufhin nochmals nachdrücklichst angeregt, in einer neuen Verordnung die Möglichkeit des Abzuges für die 31. bis 40. Stunde vom Effektlohn festzulegen“, berichtet der Schutzverband selbst. Aber auch dieser Versuch, den von allen angeblühenden weit-sichtigen Wirtschaftsgrößen so begeistert gefeierten Leistungslohn in den „öden Schematismus“ machtpolitischer Lohnabbauerei zu zwingen, war vergeblich. Und so wurde vom Schutzverband gekündigt und damit alle sich daraus ergebenden Konsequenzen zur Tagesordnung gestellt.

Was der Schutzverband mit seiner Kündigung der genannten Tarifbestimmungen will, liegt nach der gegebenen Schilderung seiner Bemühungen, um die Papen-Notverordnung auf der Hand. Er wird erneut den Versuch machen, die Löhne der Gehilfenschaft zu senken. Die Folge dieses Tuns wird eine erneute Steigerung der beruflichen Schmutzkonkurrenz sein. Das ist dem Schutzverband auch klar, wie aus folgendem unzweideutig ersicht-lich ist:

Der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer mit seinen Abteilungen Fach- und Schutzverband hielt am 16. Oktober seine ordentliche Mitgliederversammlung in Leipzig ab. Eingangs der Tagung würdigte Herr Carl Wagner den vor 25 Jahren vollzogenen

Zusammenschluß von Schutzverband und Fachverband. Dann sprach Herr William Wolff über die Tätigkeit der Abteilung Schutzverband, gab einen Überblick über den Verlauf der Tarif- und Lohnverhandlungen, strich heraus, was unter dem Druck der Krise der Gehilfenschaft alles abgeknöpft werden konnte und fand einstimmige Billigung für seine ausgesprochene Kündigung der Tarifpositionen § 3 Ziffer 4 und § 5 Ziffer 16. Herr Wolff folgte als Redner Herr Dr. Schubert, der den Tätigkeitsbericht der Abteilung Fachverband gab. Herr Dr. Schubert berichtete über die verschiedenen Bemühungen des Fachverbandes und betonte, daß die vom Fachverband erreichten Rabattsätze beim Chromersatzkartonverband das gesamte Mitgliedsbeitragsaufkommen des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer übersteige, also den Mitgliedern schon ganz erhebliche Vorteile gebracht worden seien. Selbstverständlich nahm im Bericht der Abteilung Fachverband die Preisfrage eine besondere Stellung ein. Dazu kann man folgendes im Schutzverbandsorgan lesen:

*„Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Preisfrage geradezu katastrophal geworden. Durch den Kampf um den Kunden wurden alle Kalkulationen über den Haufen geworfen. Ein großer Teil der Aufträge lag unter den eigenen Kosten und wurde nur angenommen, um Mittel zu haben, die Löhne zu zahlen und die Generalspesen einigermaßen zu decken. Daß hierbei vom Betriebskapital gezehrt wurde, war selbstverständlich.“* Und an anderer Stelle des Berichts wird geschrieben, daß es an der Zeit sei, *„die Preislage zu bessern durch Einhaltung der . . . Preisrichtlinien und einer inneren Wandlung“* gegenüber dem konkurrierenden Kollegen. *Der Kampf aller gegen alle hat uns, um es deutsch auszudrücken, auf den Hund gebracht, letzten Endes hatte keiner den Vorteil. Wenn wir wieder gesunden wollen, so muß jeder an sich und seine Unkosten denken, tut er dies aber, dann wirkt er bewußt auch mit für den Kollegen und schafft damit Platz für den neuen Geist, den Geist des Gewerbes und des ehrlichen Kaufmanns.“*

Wer die Lage des Steindruckgewerbes überblickt, wird den zitierten Worten des Syndikus des Fachverbandes, Herrn Dr. Schubert nur restlos beipflichten können. Der von uns schon oft und hinreichend unter Beifügung von Beispielen gegeißelte Wahwitz, nein Wahnsinn, einer Schmutzkonkurrenz der Steindruckereibesitzer ohnegleichen wird durch seine Darlegungen bestätigt, und es ist leider nur zu richtig, daß dadurch das Gewerbe vollständig „auf den Hund“ gebracht worden ist. Aber der linken Hand des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer, dem Schutzverband, scheint das noch lange nicht zu genügen. Seine Absicht scheint zu sein, das Steindruckgewerbe noch *unter den Hund* zu bringen. Anders kann sein erneuter Angriff

von der Gehilfenschaft durch die ausgesprochene Kündigung der genannten Tarifpositionen nicht gewertet werden. Denn was kann denn anders hinter dieser Kündigung stehen als ein erneut geplanter Lohnraub.

Abgesehen von der provozierten Beunruhigung der Gehilfenschaft, die trotz Krise und Arbeitslosennot nur zu leicht alle Dämme vernünftigen Handelns zerreißt und der Verzweiflung freie Bahn lassen kann, wird die Kündigungsaktion des Schutzverbandes den „Kunden“ mit neuen Preisnachlaßforderungen auf den Plan rufen. Denn das hat doch schon der Kaufmannslehrling intus, der kaum in das Geschäft gerochen hat, daß die Auftraggeber die Hauptnutznießer jeden Lohnabbaues sein wollen. Die Welt müßte ja geradezu auf dem Kopf stehen, wenn die Kündigungsaktion des Schutzverbandes nicht schon einen neuen Preisdruck der Auftraggeber des Steindruckgewerbes ausgelöst hätte. Wir sind sicher richtig informiert, daß der dadurch ausgelöste „Kampf um den Kunden“ geradezu groteske Formen angenommen hat. Der „Kampf aller gegen alle“ ist lustiger denn je im Gange! Es ist absurd, annehmen zu wollen, daß der Ausschuß des Schutzverbandes, der die Verantwortung für die ausgesprochene Kündigung trägt, sich der Wirkungen seines Handelns auf den Preis nicht bewußt gewesen wäre. Ja, unsere Information geht dahin, daß unsere Unternehmer den durch die Kündigung zu erwartenden Preisdruck durch die Auftraggeber sehr klar vorausgesehen haben. Es kann deshalb schon heute mit hundert gegen eins gewettet werden, daß bei den wegen der erfolgten Kündigung zu führenden Verhandlungen gegen die Gehilfenvertreter von den Unternehmern Anstände dahin erhoben werden, daß ihnen durch die Stellungnahme des Gehilfenverbandes zur Papen-Notverordnung ein stillvergnügter Lohnabbau verkümmelt worden ist. Also sind die Gehilfenvertreter, die mit ganzer Kraft die Interessen der Kollegen mit Erfolg vertreten haben, daran schuld, daß die Aktion des Schutzverbandes zuletzt nichts anderes war, als ein erneuter unerhörter Preisdruck. Herr Dr. Schubert vom Fachverband mag sich dann beim Vorsitzenden des Schutzverbandes über den Preisdruck beschweren. Das ganze zeigt nur die betrüblüche, für die Arbeiterschaft aber auch zugleich erfreuliche Tatsache, daß der Kapitalismus aus dem Kreis seiner inneren Widersprüche nicht mehr heraus kann und notwendigerweise die linke Hand niederreißen muß, was die rechte Hand mühsam aufzubauen bestrebt ist.

Daß die Gehilfenschaft dieses liebliche Spiel einer totalen Gewerbevernichtung nicht mitmacht, bedarf keiner Versicherung. Wenn das Gewerbe nach der Versicherung des Herrn Dr. Schubert schon auf den Hund gekommen, hat die Gehilfenschaft die heilige Pflicht, das Gewerbe nicht noch *unter den Hund* kommen zu lassen. Glaubt der Schutzverband sich ver-

pflichtet, den „Kampf um den Kunden“ noch schärfer entfesseln zu müssen, als er zum Schaden aller Gewerbeangehörigen bisher schon getobt hat, dann mag er gefälligst die sich daraus ergebenden Folgerungen ausschließlich auf sein Kerbholz nehmen. Die Gehilfenschaft jedenfalls lehnt es rund und nett ab, mit dem Schutzverband gegen den Fachverband einen tragbaren Preis für Gewerbezeugnisse aus wirtschaftlicher Verblendung zu erdolchen. Die Gehilfenschaft kämpft mit und durch ihre Organisation für einen auskömmlichen Lohn, der ihr erlaubt, auch an der Kultur unserer Zeit einigen Anteil zu nehmen. Die Gehilfenschaft tritt deshalb auch für einen Preis der gewerblichen Produkte ein, der an der Leistungsfähigkeit des Gewerbes gemessen, angemessen ist. Sie will also das Wohlergehen des Gewerbes und aller Gewerbeangehörigen. Dagegen steht die Schmutzkonzurrenz und alles, was sie — direkt oder indirekt — fördert. Es bleibt deshalb dabei, was wir schon einmal betonten: Die Schmutzkonzurrenz fördert die Gehilfenschaft nicht! Des Fachverbandes Segen ist sie gewiß. Beweis dafür: Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer in Leipzig!

## Autarkie

Die Parole der Autarkie ist mit der Weltwirtschaftskrise groß geworden. Vor zwei Jahren war das Wort bei den Massen so gut wie unbekannt; heute ist es ein weit verbreitetes Schlagwort des wirtschaftlichen Nationalismus.

Autarkie heißt wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit. Man will den völligen Abschluß vom Ausland entweder durch Steigerung der inländischen Produktivkraft oder durch Beschränkung des Verbrauchs auf die Güter, die in der inländischen Wirtschaft hergestellt werden können.

Die Wurzel der Autarkieforderung liegen in einer mannigfach verursachten Verärgerung gegenüber dem Ausland. Nationalisten, die in den benachbarten Völkern grundsätzlich Feinde sehen, wehren sich dagegen, diesen Völkern ihre Ware abzukaufen. Diejenigen, denen die im Ausland aufgenommenen Schulden un bequem sind, propagieren die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit, um die Voraussetzung für eine Schuldentilgung nach dem Muster Rußlands zu schaffen. Die Anhänger einer Binnenwährung propagieren Autarkie, weil nur so ihr Projekt eine Aussicht auf Gelingen hat. Endlich sind für die Abschließung vom Ausland alle die Unternehmer zu haben, die auf dem Inlandsmarkt mit ausländischen Produkten konkurrieren müssen. Eine große Zahl von Menschen findet es ganz allgemein als drückend, die deutsche Wirtschaft in vielen wichtigen Grundlagen vom Ausland abhängig zu wissen.

Wenn es darauf ankommt, Wünsche zu formulieren, wird es wohl wenig Menschen in Deutschland geben, die es nicht für wünschenswert hielten, daß das deutsche Volk unbeeinflusst durch fremde Herrschaftsverhältnisse über die natürlichen Hilfsquellen verfügen könnte, die es zur Befriedigung seiner Bedürfnisse braucht. Aber in Wirtschaftsfragen sind nicht Wünsche, Stimmungen und Gefühle wesentlich, sondern Tatsachen und Zahlen. Am Anfang aller wirtschaftlichen Erörterungen steht nicht ein Wunschbild, sondern die Tatsache, daß der deutschen Wirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse von ca. 65 Millionen Menschen ein nicht allzu fruchtbarer und mit Bodenschätzen nicht allzu sehr gesegneter Raum von 47 Millionen ha zur Verfügung steht. Verfolgen wir die Frage der Autarkie an der Hand der sich aus dieser Sachlage ergebenden Zahlen und Tatsachen, so zeigt sich, daß die Forderung nach wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit der Entwicklung und der Lage der deutschen Wirtschaft widerspricht, daß sie an grundlegenden Tatsachen des Wirtschaftslebens vorbeigt und daß sie nationalistisch und fortschrittsfeindlich ist.

Die Forderung nach Autarkie widerspricht der Entwicklung und der Lage der deutschen Wirtschaft. Die industrielle Entwicklung Deutschlands beginnt um etwa 1850 (Einwohnerzahl ca. 35 Millionen). Seit dieser Zeit wuchs die Bevölkerung schneller als die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft. Ein immer größerer Prozentsatz der Bevölkerung suchte seinen Unterhalt in der Industrie zu gewinnen, und lange Zeit war es unmöglich, den Bevölkerungszuwachs in Deutschland festzuhalten. Auswanderung setzte ein. Deutschland exportierte Menschen, Millionen insgesamt, bis zu 220 000 in einem einzigen Jahr, bis das Mittel gefunden war, mehr Menschen in Deutschland zu ernähren, und dieses Mittel war die Verflechtung in die Weltwirtschaft. Die fehlenden Lebensmittel wurden in zunehmendem Umfang durch Einfuhr beschafft, und die Bezahlung der Einfuhr erfolgte, da Rohstoffe dafür nur in geringem Umfang zur Ver-

fügung standen, durch Ausfuhr qualifizierter Arbeit. Industrielle Rohstoffe wurden eingeführt, im Inland verarbeitet und als Fertigwaren wieder ausgeführt. Die Wertsteigerung durch Arbeit war die Quelle des Verdienstes. Deutschland steht dadurch seit 1890 in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung als ein Land da, das Rohstoffe aller Art und Nahrungsmittel nachfragt und qualifizierte Arbeit anbietet.

Diese Stellung ist bis zum Ausbruch des Krieges durchaus vorteilhaft gewesen. Sie ermöglichte nicht nur eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung, sie gab auch die Möglichkeit, im Ausland deutsche Guthaben in der Höhe von etwa 25 Milliarden Mark anzusammeln und der deutschen Wirtschaft durch die Handelsflotte und mancherlei wirtschaftspolitische Stützpunkte weitere günstige Absatzchancen zu sichern.

Der Krieg hat sowohl die Auslandsguthaben als auch die Handelsflotte und die wirtschaftspolitischen Stützpunkte im Ausland stark verringert. Die Friedensverträge haben die Ernährungsbasis der Wirtschaft verengt, Krieg und Inflation haben eine so starke Kapitalarmut hervorgerufen, daß eine Kapitaleinfuhr aus dem Ausland notwendig wurde. Aber nicht nur die deutsche, sondern auch die Weltwirtschaft hat durch den Krieg ein anderes Gesicht bekommen. Die Industrialisierung der Rohstoffländer hat Fortschritte gemacht, und durch die Freistellung von Arbeitskraft, die die Rationalisierung mit sich bringt, wird die Arbeit zu einem Wirtschaftsfaktor, der in allen Ländern im Überfluß vorhanden ist. Die Weltwirtschaftskrise hat die Bestrebungen zur Fernhaltung fremder Arbeitsprodukte noch besonders verstärkt. Es ist kein Zweifel, daß diese Veränderungen die Aussicht Deutschlands, in der Zukunft eine ähnliche Stellung wie in der Vorkriegszeit zu gewinnen, erheblich verschlechtert haben. Die Verdienstmöglichkeiten auf dem Weltmarkt sind geringer, die privaten Verpflichtungen sind sehr viel größer, und auch die politischen Zahlungen sind durch die neue Reparationslösung ja noch nicht ganz beseitigt. Es gibt also ganz gewiß genügend Grund zu Verstimung über die Lage, in die der Krieg und die weltwirtschaftliche Umschichtung die deutsche Wirtschaft gebracht haben.

Welcher Sinn aber liegt darin, angesichts dieser Sachlage der Welt unmutig den Rücken zu kehren? Jede Autarkie-Propaganda in Deutschland fördert die Autarkie-Tendenzen in anderen Ländern und damit den Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Jede nur von Gefühlen getragene, auf Absperrung gerichtete Handelspolitik beschleunigt die Entwicklung, die uns zum Unheil gereicht. Mit der Absperrung vom Ausland geben wir die Quellen des Wohlstandes auf, die, wenn sie auch nicht mehr so reichlich fließen, wie vor dem Kriege, heute doch noch nicht völlig wertlos sind. Die deutsche Ausfuhr hat sich auch in der Weltwirtschaftskrise verhältnismäßig gut gehalten. Während die Ausfuhr von 1929 bis 1931 in Deutschland von 1123 Millionen auf 800 Millionen sank, sank sie im gleichen Zeitraum in England von 1240 auf 618 und in den Vereinigten Staaten von 1805 auf 833 Millionen Goldmark im Monatsdurchschnitt. In der Fertigwarenausfuhr steht Deutschland seit 1931 an erster Stelle in der Welt.

Mag sein, daß wir in der Zukunft mit einem Rückgang der Ausfuhrmöglichkeiten rechnen müssen; eine Propaganda, die diese Tendenz verschärft, ist aber das Dummste, was wir tun können. Absperrung und Autarkie sind nicht Mittel zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage, sie sind kurzsichtige, nur von Protestgefühlen getragene nationalistische Parolen, sie entwerfen einen großen Teil unserer industriellen Anlagen, sie treiben eine mutwillige Zerstörungsarbeit an der deutschen Arbeitskraft, sie vergessen, daß nach den Angaben des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten heute noch 2,5 bis 3 Millionen Arbeiter für die Ausfuhr arbeiten und etwa 10 Millionen Menschen von der Arbeit für das Ausland leben. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet bewährt sich der alte Satz, daß Nationalismus blind macht.

Die Forderung nach Autarkie läßt grundlegende Tatsachen des Wirtschaftslebens außer acht. Von der Gesamtfläche des deutschen Bodens sind nur 1,9 Millionen ha unkultiviert. Davon ist der größte Teil unkultivierbar. Trotzdem also so gut wie aller ausnutzbare Boden ausgenutzt ist, weist unsere Ernährungsbilanz ein Defizit von 2 bis 4 Millionen Tonnen Kohlehydrate (Getreide und ähnl.), 100 000 Tonnen Eiweiß zu menschlicher Ernährung (Eier und Fleisch), 600 000 Tonnen Futtermittel (Öl und Ölkuchen) und 700 000 Tonnen Speisefette auf.

Die Beschaffung der fehlenden Kohlehydrate würde nach den Angaben von Professor Brandt, dem Leiter des Instituts für Marktforschung an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin eine Erweiterung des Getreidelandes um 3 Millionen ha oder die Umwandlung von 2,25 Millionen ha Getreideland in Kartoffelfeld notwendig machen (heute sind mit Getreide und Hülsenfrüchten etwa 13 Millionen ha bebaut).

Die Beschaffung der fehlenden Speisefette würde eine Verdoppelung der vorhandenen 10 Millionen Kühe oder eine entsprechende Erhöhung des Milchtrags der Kühe erfordern. Dazu würden

zusätzliche Flächen benötigt, die von Professor Brandt auf 5,5 Millionen ha geschätzt werden.

Die Beschaffung der fehlenden Eiweißmengen würde eine Erhöhung der Hühnerzahl, des Getreideanbaues zur Ernährung der Hühner und des Ölpflanzenanbaues erfordern, für die ebenfalls einige Millionen ha Landes gebraucht würden. Diese Betrachtung zeigt, daß die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion auf die heute in Deutschland konsumierte Menge am Mangel an Boden scheitert. Eine Verbesserung der Produktionsmethoden, die zur Ertragssteigerung auf dem vorhandenen Boden führt, den fehlenden Boden ersetzen kann, ist umstritten. Wir halten es für unwahrscheinlich, auf jeden Fall wird eine solche Ertragssteigerung eine Arbeit von Jahrzehnten erfordern.

Es kommt hinzu, daß die Landwirtschaft nicht nur die Grundlage für die Ernährung, sondern auch die Rohstofflieferanten für die Bekleidung, für einen Teil der Behausung und der Versorgung mit Gebrauchsartikeln ist. Wenn wir die 180 000 Tonnen Wolle und die 160 000 Tonnen Jute und Flachs, die wir noch 1931 eingeführt haben, auf eigenem Boden bauen und die 380 000 Tonnen Baumwolle durch Kunstseide ersetzen wollten, so würden weitere Millionen ha für die Ernährung der Schafe, den Anbau der Gespinnspflanzen und für die Holzbeschaffung zur Zelluloseherstellung erforderlich sein. Die Holzbilanz ist ohnedies schon stark passiv. 1931 steht einer Ausfuhr von 1,2 Millionen Tonnen eine Einfuhr von 3,5 Millionen Tonnen gegenüber. Auch diese Fehlbeträge an Boden durch Leistungssteigerung auf dem vorhandenen Boden aufzuholen, ist ausgeschlossen. Hier bleibt nur der Ausweg einer Einschränkung des Verbrauchs.

Dieselbe Einschränkung ist dort notwendig, wo es uns das Klima unmöglich macht, gewisse Produkte zu erzeugen oder wo uns die Bodenschätze fehlen. Wir führten noch 1931 190 000 Tonnen Kupfer, 240 000 Tonnen Kupfererze, 120 000 Tonnen Zink, 84 000 Tonnen Zinkerze, 64 000 Tonnen Blei und 7 Millionen Tonnen Eisenerze ein. Wenn auch nicht alle diese Metallmengen dem eigenen Gebrauche dienen, so doch ein erheblicher Teil.

Die Zahlen und Tatsachen zeigen, daß die Unbequemlichkeiten, die uns die Verwirklichung der Autarkieforderung bringen müßte, größer sind als die Nachteile, die die Verflechtung in die Weltwirtschaft mit sich bringt. Die Verflechtung in die Weltwirtschaft bringt uns Verdruss und Einschränkungen, ein Bruch mit der Weltwirtschaft aber würde uns den Tod als Kulturation bringen.

Die Forderung nach Autarkie ist nationalistisch und fortschrittsfeindlich. Es ist nicht zu leugnen, daß eine Wirtschaft in dem Maße, in dem sie durch Kapital und Warenverkehr mit dem Ausland verflochten ist, auch vom Ausland abhängig wird. Der Wirtschaftsaufbau eines solchen Landes stellt sich auf die besonderen Aufgaben, die ihm im Weltwirtschaftsverkehr gestellt sind, ein. Jede Veränderung auf dem Weltmarkt hat Veränderungen im Aufbau der Volkswirtschaft zur Folge. Es ist das Wesen der Arbeitsteilung, daß sie Abhängigkeiten schafft. Als Käufer sind sie von den Rohstofflieferanten abhängig, als Verkäufer von den Konsumenten. Da jedes Land zugleich Käufer und Verkäufer ist, ist die Abhängigkeit eine gegenseitige. Arbeitsteilung erhöht den Gesamtbetrag des Wirtschaftens, verpflichtet aber die Menschen und die Völker in ein mannigfaches Aufeinanderangewiesensein. Will man die Arbeitsteilung mit ihren Vorteilen haben, so muß man die gegenseitigen Abhängigkeiten mit ihren Nachteilen in Kauf nehmen. Diese Nachteile würden gering sein, wenn es gelänge, ein erträgliches Verhältnis zwischen den Völkern herzustellen, wenn es selbstverständlich wäre, daß die Nationen im Geiste der Zivilisation und der Völkerveröhnung miteinander verkehrten.

Hier aber stößt der Nationalismus an die ihm eigenen Grenzen. Mißachtung und Haß fremden Völkern gegenüber gehört zu seinem Wesen. Er pflegt den Geist der Feindschaft und ist bereit, auch die Vorteile der Arbeitsteilung zu opfern. In den Autarkieparolen hat der Nationalismus in aller Welt ein neues Mittel gefunden, die Völker gegenseitig zu entfremden. Die Völker der Welt können nicht zu einem höheren Zustand ihrer Versorgung aufsteigen, weil die zivilisatorischen Voraussetzungen für eine höhere Stufe der internationalen Arbeitsteilung nicht geschaffen werden können, weil in zahlreichen Ländern verblendete Kräfte eher bereit sind, auf die Vorteile besserer Arbeitsteilungen zu verzichten, als ihre nationalistische Überheblichkeit aufzugeben.

Die Arbeiterschaft kann auf dem Wege der Autarkieparolen auch nicht einen Schritt mitgehen. Jeder Schritt auf diesem Wege steigert die Arbeitslosigkeit und verschlechtert die Lage der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt. Jeder Schritt auf diesem Wege verringert den Wert der Gewerkschaften; denn gegen die Folgen eines allgemeinen Rückgangs des industriellen Teils unserer Produktion ist auch die beste Organisation machtlos. Jeder Schritt auf dem Wege der Autarkie erhöht die Unsicherheit der Arbeiterexistenz. Die Politik der Autarkie ist in unserer Lage eine schlechte Wirtschaftspolitik und die Erfahrung hat gezeigt, daß unter schlechter Wirtschaftspolitik immer die am meisten leiden, die wirtschaftlich am schwächsten sind.

K. Schäfer.

# VERBAND UND BERUF

## Bekanntmachung

Der Verbandsvorstand hat den Steindruck-*ker Hermann de Bruin aus Saarbrücken*, Buch Nr. 55 372, gemäß § 6 Abs. 2 aus dem Verbandsvertrage geschlossen. Gleichzeitig haben wir wegen Betrug und Unterschlagung Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Mitglieder, die den Aufenthalt de Bruins kennen, werden gebeten, Mitteilungen an uns gelangen zu lassen.

Der Verbandsvorstand.

## Der Chemigraphentarif allgemeinverbindlich!

Vom Reichsarbeitsministerium ist auf die vom Verband beantragte Allgemeinverbindlicherklärung des Chemigraphentarifes folgende Entscheidung getroffen worden:

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I Seite 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Parteien des Tarifvertrages
  - a) auf Arbeitgeberseite: Bund der chemigraphischen Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckerei Deutschlands E. V., Berlin; Verband Deutscher Lichtdruckereibesitzer, Berlin;
  - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Berlin.
2. Tag des Abschlusses: 22. Juni 1932, Reichstarivertrag.
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gehilfen und Lehrlinge im Chemigraphie-, Kupferdruck-, Lichtdruck- und Tiefdruckgewerbe mit Ausnahme der Gehilfen und Lehrlinge, die an Tiefdruckmaschinen beschäftigt sind.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 11 Abs. 2 und die Paragraphen 15 bis 29 sowie die Anhänge I—IV des Reichstarivertrages.
6. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 15. Oktober 1932.
7. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Mit dieser Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit des Chemigraphentarifes haben langwierige Bemühungen unseres Verbandes um diese Verbindlicherklärung ihres erfolgreichen Abschluß gefunden und damit ist auch der andere vom Verband abgeschlossene Reichstari für die davon berührten Berufszeige zum allgemeinen Arbeitsvertragsgesetz geworden. Das ist *jetzt* von ganz besonderer Wichtigkeit. Wohl hat der Chemigraphentarif praktisch fast immer durch die starken Tarifkontrahenten die Lohn- und Arbeitsbedingungen allgemein bestimmt und die geschlossene Organisationsklausel war der ausgesprochene Wille der Vertragspartner, daß es so sein sollte. Aber trotz des Vertragswillens der Parteien waren die gesetzlichen Möglichkeiten des kollektiven Arbeitsrechts nicht voll ausgenutzt. Das ist durch die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit des Chemigraphentarifs jetzt nachgeholt. Die Bestimmungen des Chemigraphentarifs sind durch die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit nun auch dann gültig, wenn der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder beide an dem Tarifvertrag *nicht* beteiligt sind. Das ist von besonderer Wichtigkeit.

## Max Breslauer †

Am 6. November, am Todestage unseres Altmeisters Senefelder, hat in Leipzig der Seniorchef der Firma Max Breslauer seinen Weg über die Brücke des Lebens beendet. Mit Max Breslauer ist ein Fachmann unseres Gewerbes dahingegangen, der ein feines Ohr für die technischen Neuerungen und ein feines Empfinden für berufliche Zweckmäßigkeiten hatte. Vom photographischen Kunstdruck ausgehend, für deren Ausübung er eine ganz hervorragende Anlage schuf, wandte er sich auch dem Offsetdruck und dem Tiefdruck zu, beide Reproduktionsmethoden dazu benutzend, erstklassige Druck-Erzeugnisse heranzubringen. Auch auf dem Gebiete der Reproduktionstechnik hat Herr Max Breslauer bleibende Worte geschaffen. Erinnert sei nur an die Bresma-Reproduktionsmaschine, diese einzige maschinelle Einrichtung zur Reproduktion von Büchern, Noten, Zeichnungen usw. Die Neuauflage des Lehrbuches Senefelders durch den Verband ist durch Inanspruchnahme der Bresma-Reproduktionsmaschine sehr erleichtert worden.

Selbstverständlich hat der Verstorbene auch seine Interessen als Unternehmer vertreten. Das nimmt die Gehilfenschaft keinem Unternehmer übel; denn auch sie verfiert ihre Interessen mit ganzer Kraft. Es mußte deshalb vom Verband auch hin und wieder mit Herrn Breslauer verhandelt werden. Aber solche Verhandlungen wurden von Herrn Breslauer immer im Geiste der Verständigung und des gegenseitigen Verstehens geführt. Mag da auch einmal ein hartes Wort fallen, nicht gleich ein Weg gefunden, einmal übers Ziel hinausgeschossen werden: maßgebend ist für die Arbeiter-schaft, ob ein Unternehmer für ihre Sorgen und Nöte Verständnis hat. Solches Verständnis hat Herr Max Breslauer der Gehilfenschaft fast stets gezeigt, weshalb ihm ein Gedenken als Unternehmer, aber auch als tüchtiger Fachmann sicher ist.

## Händereinigung — Schutz vor Hautkrankheiten

Das Reichsgesundheitsamt und die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene brachten ein „Merkblatt über Händereinigung bei der Herstellung und Verwendung von Farben“ heraus. In der Einleitung wird auf die notwendige Gesundheitspflege der Haut hingewiesen, wenn ihre Gesunderhaltung erreicht werden soll. Die gewerblichen Hauterkrankungen, die häufig eine lange dauernde Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben, erfordern insbesondere die Gesundheitspflege. Bei der Erforschung der Ursachen gewerblicher Hauterkrankungen ist man auf die Tatsache gestoßen, daß ganz leichte Krankheitsanfänge, deren Beseitigung keine Schwierigkeiten bereiten würde, erst durch Anwendung ungeeigneter Reinigungsmittel verschlimmert worden sind. Es sind also an den besonders schweren Fällen gewerblicher Hauterkrankungen nicht nur die infizierenden Arbeitsstoffe, sondern auch verfehlte Reinigungsvorgänge schuld. Zur Verhütung von Hauterkrankungen ist daher auch die Händereinigung und die richtige Wahl von Entfärbungs- und Entschmutzungsmitteln von großer Bedeutung. Es liegt nahe, bei der Reinigung der Hände von Fett- und Farbrückständen, um Zeit zu sparen, rasch wirkende Reinigungsmittel zu verwenden, aber gerade diese Schnellreinigungsmittel enthalten so viel Schärfen, daß die Haut in einem Übermaße angestrengt wird und aus ganz kleinen Ekzemen schmerzliche Hauterkrankungen entstehen. Es heißt deshalb in dem Merkblatt: „Die Reinigung der Hände kann auch bei Anfängern und Beschmutzung mit Farbstoffen und Anstrichmitteln meist ohne Zuhilfenahme hautschädigender chemischer Mittel durch Bearbeitung mit warmer Wasser, Seife und Handbürste erreicht werden. Sehr bewährt haben sich Marmorsand und Bimssteinseifen oder die gleichzeitige Verwendung von gewöhnlicher Seife und Bimssteinpulver, Sand oder auch Sägemehl. Nur wenn diese Reinigung nicht zum Ziele führt, sollte zur Verwendung von stärker wirkender, die Haut angreifender Entfärbungs- und Lösungsmittel geschritten werden. Diese sind stets in Form gebrauchsfertiger Lösungen bereitzustellen und unter Kontrolle der Betriebsleitung und nicht nach dem Belieben der einzelnen Arbeiter anzuwenden.“

Ausschließlich zur Beseitigung von Anfärbungen durch organische Farbstoffe dient Chlorkalk; er darf wegen seiner stark schädlichen Wirkung auf die Haut und die Schweißdrüsen nicht in fester Substanz verwendet werden, sondern nur mit Soda oder mit Soda und Schlammkreide (Chlorkalk und Soda zu gleichen Teilen oder Chlorkalk 2 Teile, Soda 1 Teil und Schlammkreide vier Teile) zu Brei angerührt, der alsdann mit Wasser bis zu eben ausreichender Entfärbungswirkung verdünnt werden muß. Auch die Grevesche Chlorlauge (63 g unterchlorsaures Natron, 5 g Kochsalz, 15 g Atznatron auf 1 Liter Wasser), namentlich als Entfärbungsmittel für saure Farbstoffe geeignet, sollte nur nach Abstumpfung mit Salzsäure (4 Teile auf 100 Teile Chlorlauge) und in starker, drei- bis vierfacher Verdünnung angewendet werden. Nach Benutzung von Chlorkalk und Chlorlauge ist kurzes Eintauchen der Hände in eine 10prozentige Bisulfatlösung und gründliches Nachspülen mit Wasser erforderlich.

Zur Entfernung festhaftender Stoffe, wie ange-trocknete Lacke, Harze usw., ist eine kurz dauernde Behandlung mit geeigneten Lösungsmitteln wie Benzin, Terpentinersatz, Spiritus, Essigäther vor der gründlichen Reinigung mit Seife und Wasser nicht immer zu umgehen. Wegen der schädlichen Wirkung auf die Haut ist von diesen Mitteln nur sparsamster Gebrauch zu machen.“

Das Merkblatt sagt weiter, daß, wenn es an-gänglich ist, infizierende Arbeiten mit Handschuhen gemacht oder die Hände durch Einpulvern mit Tal-kum vor der Arbeit weniger empfindlich gemacht werden können. Wenn es dann weiter heißt, daß Menschen mit besonders empfindlicher Haut Ar-beiten und Berufen, bei denen die Infizierung mit chemischen Arbeitsmitteln unvermeidbar ist, fern-

gehalten werden sollen, dann ist dieser Rat zu leicht genommen, denn fast immer steht man be-reits eine Reihe Jahre in seiner Berufsarbeit, ehe sich die Überempfindlichkeit der Haut herausge-bildet und die Erkrankungsgefahr eingetreten ist.

Etwas Neues und dem Schutz vor gewerblichen Hauterkrankungen Dienendes ist in dem Merkblatt nicht enthalten; denn es ist in den Kreisen der durch chemische Arbeitsmittel gefährdeten Arbeiter schon immer so gewesen, schärfere Reinigungsmittel nur dann anzuwenden, wenn die milderen versagt haben. Jeder durch Hautkrankheiten gefährdete Arbeiter erlangt zur Reinigung seiner Hände von anhaftenden Rückständen eine gewisse Praxis, und wenn er die Reinigung mit dem im Ge-brauch üblicheren Mittel durchführen kann, dann benutzt er von selbst keine ätzenden und fressen-den Stoffe, um den Arbeitsschutz los zu werden. Wenn wir trotzdem hierdurch auf das Merkblatt hingewiesen haben, so geschah es, um unsere Kol-legenschaft von Zeit zu Zeit auf die gewerbe-hygienischen Bestrebungen hinzuweisen und ihnen die Kenntnis dieser Bestrebungen zu vermitteln.

Das Merkblatt ist zum Preise von 10 Pfennig pro Stück oder 7,50 Mark für 100 Stück vom Verlag Julius Springer, Berlin W 9, Linkstraße 23/24 zu beziehen.

## Der Verband der graphischen Arbeiter in Jugoslawien

Es wäre durchaus abwegig, annehmen zu wol-len, daß Jugoslawien zu den Ländern „hinten weit in der Türkei“ gehört, in denen von einer nennens-werten gewerkschaftlichen Bewegung nicht die Rede sein kann. Zugegeben, daß auf dem platten Lande die Verhältnisse ganz andere sind, als in den Industriestaaten, so sind doch in den Städten straffe Organisationen vorhanden, besonders auch in der graphischen Industrie, deren Hauptstärke wiederum in den von Österreich-Ungarn annek-tierten Landesteilen liegt, wo noch heute viele ehemals reichsdeutsche und österreichische Berufs-kollegen tätig sind. Wenn auch der größere Teil der Mitglieder des Verbandes aus Buchdruckern besteht, so gehören ihm doch immerhin nahezu ein halbes Tausend Lithographen an. Auch auf diese bezieht sich die Bestimmung des Tarifver-trages, daß die Unternehmer nur Mitglieder des Verbandes beschäftigen dürfen und diese ihrerseits nur in solchen Betrieben Stellung annehmen, wel-che der Unternehmerorganisation angehören.

Die Verbandsbeiträge belaufen sich auf etwa 12 Prozent des Lohnes; die Leistungen des Ver-bandes sind entsprechend hoch im Falle von Ar-beitslosigkeit, Streik, Krankheit, Invalidität, und in Sterbefällen erhalten die Hinterbliebenen nicht nur eine einmalige Unterstützung, sondern außer einer etwaigen Witwenrente auch noch eine Erzie-hungsbeihilfe für die Kinder bis zum 14. Lebens-jahre.

Infolge der hohen Ausgaben für Arbeitslosen-unterstützung sind bisher nur die Aufwendungen für Bildungszwecke gekürzt worden, und zwar da-durch, daß das Verbandsorgan nur noch viertel-jährlich erscheint, während es bisher alle zwei Monate herausgebracht wurde.

## Lohntarifverhandlungen in England

Von den Verbänden der Arbeiter in der gra-phischen Industrie sind die Buchbinder die einzi-gen, welche eine Zentralorganisation haben, die Lithographen sind in zwei Branchen organisiert, denen man noch die „Tapetendruker“ hinzurechnen könnte; dann bleiben für die Buchdrucker immer noch acht Branchen- oder Bezirksorganisatio-nen. Alle diese Verbände zusammen bilden ein „graphisches Kartell“, welches die Lohntarifver-handlungen führt und welches verstanden hat, alle Versuche der Unternehmer auf Lohnkürzungen abzuschlagen. Die diesbezüglichen Forderungen gehen schon bis zum Monat Januar d. J. zurück, und da die Unternehmerorganisationen bisher bei dem graphischen Kartell auf eisernen Widerstand ge-stoßen sind, versuchen sie nunmehr, auf dem Ver-handlungswege mit den einzelnen Organisationen ihr Ziel zu erreichen.

Bemerkenswert ist jedenfalls, daß die Unter-nehmer versucht hatten, das Recht zur Vornahme von Lohnsenkungen aus der Tatsache abzuleiten, daß die Arbeiter in den graphischen Industrien doch immer noch ganz gute Verdienste erzielten. Es wurde geantwortet, daß die in Arbeit stehen-den Verbandsmitglieder sehr hohe Beiträge zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Kollegen entrichteten, so daß also die Lithographen bereits ihren Anteil an der Wirtschaftskrise trügen, und übri-gens hätten die Erfahrungen in anderen Ländern zur Genüge bewiesen, daß es unmöglich sei, durch Lohnkürzungen „die Wirtschaft anzukurbeln“.

### Die Katastrophe der Arbeitslosigkeit

Nachstehender Aufsatz ist aus dem Verbandsorgan unserer amerikanischen Berufskollegen entnommen, um den Kollegen zu zeigen, wie die Kollegen überm großen Teich zum Arbeitslosenproblem Stellung nehmen. Er zeigt aber auch, wie die Wirtschaftskrise überall die gleichen Zustände und Schlußfolgerungen erzeugt. Es gibt zu ihrer Überwindung nur ein: Sozialismus! Der Sozialismus ist deshalb Gegenwartsaufgabe, die von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu lösen ist. Die Lösung dieser Aufgabe steht direkt vor uns.

Die Arbeitslosigkeit hat jetzt einen Zustand erreicht, der nicht nur eine nationale, sondern eine internationale Katastrophe ist. Kein anderes Wort kann sinngemäß die Verhältnisse richtiger bezeichnen, welche aus dem Verlust der Beschäftigung entstehen. 14 Millionen in USA., 25 Millionen in der Welt leben ein Leben der Entbehrung, des Verhungerns, der größten Not und des Selbstmordes als Resultat von diesen Zuständen. Dann kommen noch viele Millionen hinzu, die teilweise oder ganz beschäftigt ungewiß und ängstlich am Rande dieser Not leben. Eine beispiellose Katastrophe, mit sich immer verstärkendem Charakter, steht der traditionellen Zivilisation gegenüber.

Ungeachtet der politischen Regierungsform gewinnt diese Katastrophe überall die Oberhand. Ob unter englischen Premierministern und Vizekönigen, ob unter Frankreichen, Deutschlands oder Spaniens Präsidenten (Sowjet-Präsidenten?) oder unter der Diktatur eines Mussolini, Horthy oder Pilsudski, wuchern dieselben zerstörenden Verhältnisse des Lebens, der Freiheit und der menschlichen Glücklichkeit. In allen Ländern erscheint die Katastrophe der Arbeitslosigkeit als eine wirtschaftliche Tatsache, nicht als eine politische.

Überall ist diese Katastrophe gekennzeichnet durch den Verlust von Arbeitsstellen und Schwächung der Einkaufskraft der großen Masse der Arbeiter, im Interesse eines Wirtschaftssystems, welches wegen des privaten Profits arbeitet, des Profits einiger weniger mit ihren großen Konzentrationen des Kapitals und Reichtums zur Verarmung und zum Ruin der sogenannten modernen Zivilisation, wie gegenwärtig über die ganze Welt. Und überall erlaubt es die große Masse der Arbeiter, daß sie genarrt werden, indem sie glauben, es ist nicht ein Wechsel des Wirtschaftssystems notwendig, sondern nur ein Wechsel der politischen Regierungen.

Darum werden sie geschmeichelt, beschwätzt, gestreichelt, beredet auf der Plattform, durch Radio, wenn nicht sogar gezwungen und gedroht, über politische Reformen abzustimmen, anstatt über grundlegende wirtschaftliche Änderungen.

Oder sie werden dazu geführt, zu glauben, sie können sich allein aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch heraushelfen durch ihren eignen, rücksichtslosen Individualismus. Solche Schmeichelei ist verderblich. Was notwendig ist, ist, daß mehr Stellen geschaffen werden und mehr Einkaufskraft durch Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit. Die 30-Stunden-Woche mit 48 Stunden Bezahlung. Dies würde für Millionen neue Stellen geben. Ein soziales Programm würde in dieser Richtung auch viel helfen. Aber vor allen Dingen muß das System des Eigentums und seine Kontrolle gewechselt werden. Es ist ein Zeitalter, wo Männer- und Frauenarbeit im großen vereinigt, kooperativ, für den Profit weniger schaffen — anstatt für die vielen, für sich selber.

Dieses System muß geändert werden, so daß diese Männer und Frauen ihre kooperative Anstrengungen für ihre eigene Rechnung machen können — zum Vorteil der Gesellschaft, in welcher sie die große Mehrzahl sind.

Wir müssen in der Industrie so gut wie in der Politik die Demokratie haben. Wenn die Arbeiter ihr Stimmrecht ausüben müssen, so sollen sie schon als Protest gegen die heutigen Zustände für die Männer stimmen, welche einen solchen fundamentalen Wechsel in der Wirtschaft wollen, Männer, welche lange vorher die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung gefühlt und jetzt gesehen haben, daß ihre Ansicht richtig ist.

Jede Stimme für einen anderen Kandidaten abgegeben, ist eine fortgeworfene Stimme.

Achtet auch auf die Begebenheiten in der Zwischenzeit, welche die Arbeitslosigkeit entwickelt

hat, wie der Prämienmarsch der Kriegsteilnehmer auf Washington, der Marsch der Bergleute von Westvirginia, achtet darauf mit Sympathie. Denn sie zeigen an, daß die Unterdrückten, die Arbeiter, ihres Elends müde werden und anfangen, sich zu verteidigen wie noch nie zuvor. Der Poet sagt: im Schoß der Zeit regt sich eine neue Ära. R. S.

### Stillstand der Arbeitslosigkeit?

Nach den Meldungen der deutschen Arbeitsämter ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des Monats Oktober durch eine Abnahme in der zweiten Hälfte wieder ausgeglichen worden. Ende Oktober betrug die Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen 5 109 000 gegen 5 103 000 Ende September. Angesichts des Umschwungs in der Beschäftigung der Außenberufe ist der Stillstand der Arbeitslosen ein günstiges Zeichen. Im Vorjahr war die Zahl der Arbeitslosen zwischen den beiden Stichtagen von Ende September bis Ende Oktober im ganzen um rund 269 000 gestiegen. In diesem Jahre wäre somit ein erheblicher Fortschritt auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonberufen ist in der zweiten Hälfte des Monats Oktober weiter, und zwar um rund 25 000 gestiegen. Dagegen ist sie bei den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen um rund 66 000 gefallen. Im freiwilligen Arbeitsdienst wurden Ende Oktober etwa 250 000 junge Menschen beschäftigt, um etwa 40 000 mehr als Ende September. Ihre Zahl ist in der angegebenen Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten. Außerdem werden rund 90 000 Personen mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Eine Besserung der Arbeitsmarktlage war zu verzeichnen im Steinkohlenbergbau und in den Braunkohlengebieten, bei der Hütten- und Walzwerkindustrie, bei einigen Gruppen der metallverarbeitenden Industrie Westdeutschlands, in der Möbelindustrie, der Textilindustrie und im Nahrungsmittelgewerbe. Wenn die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für Ende Oktober einen verhältnismäßig günstigen Bericht gibt, so darf demgegenüber nicht vergessen werden, daß neben diesen offiziell registrierten Arbeitslosen zahlreiche Nichtgemeldete vorhanden sind. Derartige günstige Berichte sind also mit einer starken Reserve aufzunehmen. Keiner würde sich mehr freuen als die Arbeiterschaft selbst, wenn der Arbeitsmarkt in allen Teilen wieder einmal eine Besserung zeigt. Absichtliche Schönfärbungen werden sich über kurz oder lang als das herausstellen, was sie sind. Deshalb wollen wir die nächsten Wochen abwarten.

### Starke Tätigkeit der Schlichtungsbehörden

In dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit spielen die Schlichtungsbehörden in Deutschland eine große Rolle. Es ist bemerkenswert, daß die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden selbst in der Krise nicht nachgelassen hat. Im Reichsarbeitsblatt Nr. 31 wird über die Schlichtungsverfahren im Jahre 1931 berichtet. Insgesamt wurden in diesem Jahre von den Schlichtungsbehörden 6898 Verfahren eingeleitet, und zwar vor Schlichtungsausschüssen 6330, vor ständigen Schlichtern 457 und vor den vom Reichsarbeitsminister für besondere Fälle bestellten Schlichtern 111 Verfahren. Die Inanspruchnahme der Schlichtungsbehörden bewegte sich auf der durchschnittlichen Höhe der Jahre 1927 bis 1929. Als Streitgegenstand stehen Lohn und Gehalt weitaus an erster Stelle. Allein oder in Verbindung mit andern Fragenkomplexen galten fast neun Zehntel aller Schlichtungsverhandlungen der Lohn- und Gehaltsregelung. Die Erledigung der Streitsachen vollzog sich in der Mehrheit (71,2 v. H.) aller Fälle in der Weise, daß es zur Bildung einer Schlichtungskammer kam. Die übrigen Streitsachen konnten teils im Vorverfahren oder auf sonstige Weise beigelegt werden. Nur in 13 v. H. aller Fälle kam es vor der Schlichtungskammer zu einer Einigung zwischen den Streitparteien. In rund 80 v. H. der Fälle wurde ein Schiedsspruch gefällt. Von den durch Schlichtungsbehörden gefällten Schiedssprüchen wurden 59 v. H. von den Streitparteien abgelehnt. Die Ablehnung der von den Schlichtungsbehörden gefällten Schiedssprüche ging in der Mehrzahl der Fälle von Arbeitgeberseite aus. Anträge auf Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche wurden bei den ständigen Schlichtern und bei dem Reichsarbeitsminister in insgesamt 1830 Fällen gestellt. Rund zwei Drittel dieser Anträge gingen von der Arbeitnehmerseite aus. Diese Angaben lassen selbst im Krisenjahr 1931 eine starke Tätigkeit der Schlichtungsverfahren erkennen.

### Wirtschaftsnot und Schulkind

Die schulärztlichen Berichte aus allen Teilen des Reiches stellen eine erschreckende Zunahme von Unterernährung bei den Schulkindern fest. Die begleitenden Krankheiten, Ermüdungserscheinungen und die damit verbundenen Fehlleistungen wirken lähmend auf den Schulbetrieb. Kostbarste Volkskraft geht hier verloren. Der Bund der freien Schulgesellschaften Deutschlands E. V. richtet an den Herrn Reichsminister des Innern und an die Volksvertretung im Reichstag die dringende Forderung, alles zu tun, um in erheblich größerem Maße Reichsmittel den Gemeinden für Erhaltung und Ausbau der Schulspeisung zuzuwenden. In der gleichen Weise muß von Reich wegen mehr als bisher für die Ernährung der stillenden Mütter und des Kleinkindes gesorgt werden.

### Wer ist jetzt der Reichste?

Die Wirtschaftskrise räumt unbestreitbar auch unter den Millionären auf. Der amerikanische Nationalökonom John T. Flynn hat kürzlich eine Lebensbeschreibung des alten Rockefeller herausgebracht. Danach ist der riesige Besitz der beiden Rockefeller, des älteren 93jährigen und des jüngeren 58jährigen, Vater und Sohn, infolge der amerikanischen Wirtschaftskrise beträchtlich zusammenschmolzen. Als sich der alte Rockefeller im Jahre 1896 von seinen einstigen Geschäften zurückzog, überstieg sein Vermögen die Summe von 800 Millionen Mark. Er konnte danach diesen Besitz durch geschickte Transaktionen bis zu einem Werte von 4 Milliarden Mark vermehren. Nach den Schätzungen Flynn's beträgt heute der Reichtum Rockefellers rund 600 Millionen Mark. Damit dürfte Rockefeller als der reichste Mann der Welt ausgeschieden sein. Es wird angenommen, daß Ford an seine Stelle getreten ist. Dennoch hat auch Fords Vermögen unter der Krise sehr gelitten. In England, Indien und Japan gibt es ebenfalls noch reiche Leute. Jedenfalls dürfte es nach der Enthronung Rockefellers eine offene Frage sein, wer der reichste Mann der Welt ist.

### Vom Büchertisch

**Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1933.** Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 1,75 Mark.

Unter den vielen Tausenden, denen dieser Kalender unentbehrlich geworden ist, sind sicher viele, die ihn nicht einfach an die Wand hängen, um Tag für Tag ein Blättchen abzuschneiden — nein, sie sitzen auch wohl unter der Lampe, blättern in ihm, der ja ein dickes Buch ist, und schöpfen Kraft und Hoffnung daraus. Denn hier vereinen sich zahlreiche Stimmen, um in Poesie und Prosa die alten Ideale der Freiheit und des sozialistischen Klassenkampfes zu würdigen und in scharf gefaßten Sätzen ewige Wahrheiten zu künden. Wer aber Zahlen liebt, der findet sie ebenfalls hier in der Form von Statistiken aus den verschiedensten Gebieten. Ferner: alle Gewerkschaften und Organisationen, die irgendwie mit der Arbeiterbewegung zusammenhängen, an-nähernd 100, geben hier in klaren Übersichten kurze Rechenschaft von sich. Selbstverständlich fehlen auch die historischen Daten nicht; sie sind bis in die letzte Zeit ergänzt worden und geben jedem Tag seine Erinnerungen. Jedes Blatt trägt ein Bild, das sie vertieft oder sonst eine interessante Note hat. Dieser Güte des Kalenderblockes entspricht leider die ihm gegebene Rück-sicht nicht. Wohl ist die Absicht loblich, dem Altmeister des Sozialismus, Karl Marx, zur 50. Wiederkehr seines Todestages ein besonderes Denkmal zu setzen, aber mußte das so sein? Konnte nicht eine Lösung gefunden werden, die aus Gedanken und Freude am Bild neue Kampfernergie für das Wollen und Wirken von Karl Marx weckt? Eine Trauerkarte als Rückwand für den „Sozialdemokratischen Abreißkalender“ halten wir für einen Miß-griff.

**Kinderland 1933. Ein Jahrbuch für Kinder in Stadt und Land.** Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 1,— Mark.

Das Jahrbuch für Kinder in Stadt und Land ist wieder erschienen. Zwei Auflagen waren im vergangenen Jahr nötig, und beide waren Wochen vor Weihnachten ausverkauft. Von Jahr zu Jahr konnten die Herausgeber die Auflage erhöhen. In diesem Jahr wurde sie auf die doppelte Anzahl der vorjährigen Gesamtaufage gesteigert. Erfreulicherweise konnte der Verlag den Preis von 1,50 auf 1 Mark heruntersetzen. Trotz dieses Preises ist Inhalt und Ausstattung des „Kinderland 1933“ wieder in gleicher Lebendigkeit und Güte, wie wir das bei Bucherscheinungen der Kinderfreundbewegung gewohnt sind. Hans und Mimi Weinberger waren wieder die Bearbeiter. Es ist gewiß nicht leicht, ein Kinderbuch für alle Altersstufen der Kinder, soweit sie lesen können, zu schaffen. Das vorliegende Jahrbuch kann als sehr gut gelungen betrachtet werden. Es wird nicht nur den Kindern Freude und Berater sein, auch mancher Erwachsene wird mit Freude in ihm Wünsche und Sorgen seiner Kinderzeit gut geliebt sehen. „Kinderland“ ist das einzige sozialistische Jahrbuch für Kinder. Um so wichtiger ist seine Verbreitung gerade heute in einer Zeit, die von allen Sozialisten Aktivität auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens verlangt. Dies Buch hilft den Kindern zum Verständnis in den Kampf der sozialistischen Bewegung. Wir empfehlen also „Kinderland 1933“ aus zweifachem Grunde: 1. Es ist ein prächtiges Jahrbuch für die Kinder. 2. Es ist ein sozialistisches Orientierungsbuch für die Kinder. In Angelegenheiten, die Kinder selbst direkt angehen, nehmen sie auch selbst das Wort. So finden wir in einer Reihe von Kinderbriefen gute Beweise, wie sehr die Kinder an ihrem Jahrbuch beteiligt sind. Die Beiträge, die aus der Feder Erwachsener flossen, sind in gerader Freundschaft zu den Kindern geschrieben. Die Fülle der Illustrationen und Beiträge sind der Wirklichkeit entnommen und dienen wiederum der Entfaltung und Gestaltung sozialistischer Grundsätze.

**Inhaltsübersicht:** Hauptteil: Wir fördern die Schmutzkonkurrenz nicht! / Autarkie / Verband und Beruf: Bekanntmachung! / Max Breslauer + Händereinigung — Schutz vor Hautkrankheiten / Der Verband der graphischen Arbeiter in Jugoslawien / Lohntarifverhandlungen in England — Die Katastrophe der Arbeitslosigkeit / Stillstand der Arbeitslosigkeit? / Starke Tätigkeit der Schlichtungsbehörden / Wirtschaftsnot und Schulkind / Wer ist jetzt der Reichste? / Vom Büchertisch